

**Wahlplattform**  
des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich

**Präambel**

Wir Gewerkschaften wollen einen Kanton, in dem die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgeht, wir wollen einen Kanton, der soziale Verantwortung zeigt und wir wollen einen Kanton, der sich nicht einseitig für die Reichen einsetzt.

**Wir wollen einen innovativen Kanton**

Der Kanton Zürich muss in seine Zukunft investieren, damit er für die Wirtschaft und die Arbeitnehmenden attraktiv bleibt:

- **Mehr Lehrstellen** sind notwendig, damit die Jugend eine Perspektive hat. Der Kanton muss effektive Fördermassnahmen für mehr Lehrstellen einleiten, denn die Jungen, die wir heute nicht ausbilden, werden morgen der Wirtschaft fehlen.
- **Mehr familienergänzende Kinderbetreuungsplätze** braucht es, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert wird. Das Kindererziehen darf kein Nachteil mehr im Arbeitsmarkt sein. Und die Wirtschaft ist je länger je mehr auf weibliche Arbeitskräfte angewiesen.

**Wir wollen einen klugen Kanton**

Zürichs Vorteil ist eine wissensbasierte Wirtschaft. Eine gute Volksschul- Berufs- und Weiterbildung ist der Schlüssel zum Erfolg:

- **Kleinere Klassen:** Die Erhöhung der Klassengrösse durch das Sanierungsprogramm 04 zielt in die falsche Richtung und muss korrigiert werden.
- **Öffentliche Weiterbildungsangebote:** Für schlechter Qualifizierte sind kostengünstige Bildungsangebote besonders wichtig, damit sie den rasanten Wandel der Wirtschaft mitmachen können.
- **Berufsberatung für alle:** Zu hohe Gebühren vermindern die Chancengleichheit und schliessen diejenigen von der Berufsberatung aus, die diese besonders nötig haben.

**Wir wollen einen arbeitnehmerInnenfreundlichen Kanton**

Der Kanton Zürich trägt Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen.

- **Faire Löhne für die Staatsangestellten:** 20% Lohn-einbussen mussten seit der letzten Revision des Personalgesetzes (1991) die kantonalen Angestellten gegenüber der gesetzlich vorgesehenen Lohnentwicklung hinnehmen: Die Lücke muss geschlossen werden. – Die Teilrevision des kantonalen Besoldungssystem muss fair und transparent gestaltet werden: statt einer Vergrößerung der Lohnschere und einer Verstärkung der Leistungslohn-Elemente wollen wir ein Besoldungssystem, das die Gleichstellung von Frau und Mann endlich verwirklicht.
- **Besserer Schutz der Arbeitnehmenden:** Es ist die Aufgabe des Kantons, über die Einhaltung der Arbeits- und Ruhezeiten zu wachen. Der Kanton muss endlich seine Pflicht wahrnehmen.
- **Mindestlöhne in „Risikobranchen“:** Wo Lohndumping gemäss den „Flankierenden Massnahmen“ festgestellt wird, steht der Kanton in der Pflicht, Mindestlöhne zu erlassen.

**Wir wollen einen sozialen Kanton**

Der Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Der Kanton muss als Bindeglied in einer solidarischen Gesellschaft wirken.

- **Chance für Kinder:** Damit Kinder nicht zum Armutsrisiko werden, sind Ergänzungsleistungen für Familien mit einem ungenügenden Einkommen ein Muss.
- **Eine würdige Sozialhilfe:** Die Integration ins Erwerbsleben wird nicht durch Leistungskürzungen erreicht. Die Revision des Sozialhilfegesetzes ist das falsche Rezept.

**Wir wollen einen leistungsstarken Kanton**

Ein demokratisches Gemeinwesen zeichnet sich dadurch aus, dass alle nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft dazu beitragen, damit allen eine Grundversorgung mit wichtigen öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet werden kann.

- **Sachliche Finanzpolitik:** Mit verantwortungslosen Steuergeschenken zugunsten der Reichen entzogen SVP und FDP dem Kanton bewusst die nötigen Gelder und zwingen ihn mittels „Ausgabenbremse“ einschneidende Abbaumassnahmen bei den öffentlichen Dienstleistungen vorzunehmen. Die Ausgabenbremse gehört entschärft oder abgeschafft, damit wieder die Sachpolitik über die Finanzpolitik gestellt werden kann.
- **Für einen starken Service public:** Öffentliche Aufgaben gehören in die öffentliche Hand. Wir lehnen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ab.
- **Eine gute Gesundheitsversorgung für alle:** Der Zugang zur medizinisch notwendigen Versorgung muss für alle gewährleistet sein. Eine Zweiklassenmedizin lehnen wir ab, ebenso eine Gewinnorientierung im Gesundheitswesen.

**Wir wollen einen integrativen Kanton**

Ein beträchtlicher Teil der im Kanton Zürich lebenden Menschen haben keinen Schweizer Pass und verfügen über kein Stimm- und Wahlrecht.

- **Das Ausländerstimm- und Wahlrecht** gibt den MigrantInnen der ersten und zweiten Generation die Möglichkeit, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, und erleichtert die Integration.
- **Mehr Chancengleichheit:** Die grossen Ungleichheiten für sozial Schwächere und Kinder von MigrantInnen sind das grösste Problem unseres Schulsystems. Diese Diskriminierung muss beseitigt werden.
- **Regularisierung der Sans-papiers:** Die Existenz von Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis, die hier unter schwierigen Bedingungen leben und arbeiten, ist eine Tatsache. Der Kanton darf nicht länger wegschauen – er muss Grundlagen schaffen, damit diese Menschen hier leben können.